



> Die stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Hans-Dieter Gattung und Lars Lamowski, dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz, CDU-Fraktionsvize Christof Reichert und die stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Johanna Mieder sowie Peter Mertens (von links).

Regierungswechsel

Gemeinsam Fahrt aufgenommen

dbb Landesleitung zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion

Zügig auf Betriebstemperatur waren die Teilnehmer des ersten gewerkschaftspolitischen Gesprächs nach Beginn der neuen Legislaturperiode zwischen der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz und dem dbb.

Das lag weniger an den warmen Außentemperaturen, sondern vielmehr an dem beiderseitigen Bestreben der Beteiligten, bei wertschätzender Betrachtung der Situation im öffentlichen Landes- sowie Kommunaldienst die Bedingungen für das Personal angemessen voranzubringen.

Während über das „Ob“ dabei Einmütigkeit herrschte, ergab sich bezüglich des „Wie“ zum Teil erheblicher Diskussionsbedarf.

Zwar lobte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz ausdrücklich

die von der Landesregierung beabsichtigte zeit- und wirkungsgleiche sowie systemgerechte Übertragung des Ländertarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung der Landesbeamtinnen und -beamten sehr.

Der entsprechende Gesetzentwurf, zu dem das parlamentarische Verfahren läuft, enthält aber aus Sicht des dbb auch kritikwürdige Punkte. So ist die vorgesehene rückwirkende Einrechnung eines vergleichsweise drastisch erhöhten fiktiven (Ehe-)Partnereinkommens bei der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Beamtenbezüge aus Gewerkschaftssicht ein verfassungsrechtlich in mehrfacher Hinsicht sehr zweifelhafter Kalkulationskniff.

Damit will die Landesregierung angesichts jüngster Bundesverfassungsgerichtsrecht-

sprechung zur Beamtenalimentation womöglich bestehende Prozessrisiken einfach per Federstrich abräumen. Die im Fahrwasser dessen geplante Streichung des bisherigen Sonderzuschlags zum Familienzuschlag sowie der mietenstufenabhängigen Aufstockungsbeträge zum Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder lehnt der dbb rheinland-pfalz ebenso ab.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Christof Reichert, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion, äußerte einerseits Verständnis für die gewerkschaftlichen Bedenken, betonte aber andererseits, dass die Landesregierung aktuell eine beträchtliche Summe Geldes in die Hand nehme, um die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfän-

ger verfassungskonform zu alimentieren. Für den Landeshaushalt entstehen Kosten von rund 166 Millionen Euro im Jahr 2026, rund 337 Millionen Euro im Jahr 2027 sowie rund 431 Millionen Euro im Jahr 2028.

Außerdem würde keinem Beamten und keinem Pensionär durch die eher technische Änderung ein direkter finanzieller Nachteil entstehen. Die alimentationsrechtliche Grundmodellannahme „Doppelterdiener-Familie“ sei grundsätzlich zulässig.

Die dbb Landeschefin Lilli Lenz warnte davor, Besoldungsrecht und Bezügeempfänger in Rheinland-Pfalz zu Testzwecken für aus Gewerkschaftssicht rechtlich zweifelhafte Konstrukte einzusetzen. ■

Neue Legislaturperiode

Öffentlicher Dienst im Fokus

dbb Landesleitung zu Gast bei der Grünen-Landtagsfraktion

Zu einem intensiven Austausch über die Lage im öffentlichen Landes- sowie Kommunal- dienst kamen die nunmehr oppositionelle Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz zusammen.

Dabei ging es unter anderem um den Gesetzentwurf der Landesregierung, mit dem zum einen die zeit- und wirkungs- gleiche, systemgerechte Über- tragung des Ländertarifergeb- nisses auf Besoldung und Versorgung der Landesbeam- tinnen und -beamten erfolgen soll, was der dbb rheinland- pfalz energisch begrüßt.

Zum anderen ist im Entwurf auch ein für die dbb Landeslei- tung verfassungsrechtlich sehr zweifelhafter Rechentrick ent-

halten, mit dem die Landes- regierung beamtenrechtliche Widersprüche und Klagen we- gen nicht amtsangemessener Alimentation augenscheinlich erschweren will – und das so- gar rückwirkend ab 2012.

Die dbb Landeschefin Lilli Lenz verdeutlichte, dass darin wegen der rechtlichen Zweifelhaf- tigkeiten im Gegenteil weiteres Klage- und Widerspruchspoten- zial stecken könne, eben weil das Modell eine eindeutige rechtliche Klärung erfordere.

Zweitens sei die beabsichtigte Rückwirkung der Einrechnung eines vergleichsweise drastisch erhöhten fiktiven (Ehe-)Part- nereinkommens bei der Prü- fung der Verfassungsmäßigkeit der Beamtenbezüge aus Ge- werkschaftssicht ein Unding.

Die außer- dem geplan- te Strei- chung des bisherigen

Sonderzuschlags zum Familien- zuschlag sowie der mietenstu- fenabhängigen Aufstockungs- beträge zum Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder lehnt der dbb rheinland-pfalz genauso vehement ab.

Die Grünen-Fraktionsvorsit- zende Katrin Eder nahm die gewerkschaftlichen Kritik- punkte mit Interesse auf. Sie teilte die Bedenken, wie es wohl ankommt, wenn der Landtag die kritischen Rege- lungen trotz der rechtlichen Einwände verabschiedet. Da- mit würden – so die dbb Dele- gation – die Bezügeempfänge- rinnen und -empfänger im

Landes- und Kommunaldienst alimentationsrechtlich zu „Ver- suchskaninchen“ und das Be- amtenrecht zum „Experimen- tierkasten“.

Außerdem tauschten sich die Gesprächsteilnehmenden noch besonders über die Weg- streckenentschädigung für die Nutzung behördlich anerkannter Privatfahrzeuge für Dienst- fahrten aus. Für den dbb rhein- land-pfalz passt die aktuelle Höhe der Entschädigungssätze erneut nicht zu den zuletzt stark gestiegenen Sprit- und Werkstattkosten, weshalb die dbb Delegation eine Anpas- sung forderte.



> dbb Landesvize Robert Tophofen, Grünen-Fraktions- chefin Katrin Eder, dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz und die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion, Pia Schellhammer (von links).

Zu Gast in Koblenz

Beihilfezeiten und mehr

dbb im Austausch mit dem Landesamt für Finanzen

(rt) Die Beihilfezeiten der allge- meinen Festsetzung sowie der Pflege sind immer wieder The- ma bei den Kolleginnen und Kollegen. Während im Sommer die Bearbeitung wieder Fahrt aufgenommen hat bis hin zu zwölf Arbeitstagen, sind vielen von uns noch die langen Zeiten vom ersten Jahresquartal in Er- innerung. Um die Situation zu erörtern, trafen sich am 24. Juni 2026 in Koblenz die beiden stellvertretenden dbb Landes- vorsitzenden Johanna Mieder und Robert Tophofen zu einem sachorientierten und ausführli- chen Gespräch in Sachen Beihil- fe und Bezügezahlung mit der

Präsidentin des Landesamtes für Finanzen, Sabine Westhoff, und der Dezernentin für Beihil- fe, Tanja Bierbaum.

> Bearbeitungszeiten

Zu den Bearbeitungszeiten der Beihilfe wurde dargelegt, dass es viele Neueinstellungen und Nachbesetzungen gebe, jedoch die halbjährige Einar- beitungsphase erst mit Verzö- gerung die positiven Maßnah- men spürbar werden lasse. Überdies erfordern die Ausbil- dung und Einarbeitung des neuen Personals Ressourcen bei der Bearbeitung.

Zu den saisonalen Anstiegen, insbesondere zu Jahresbeginn, erläuterte Sabine Westhoff, dass Einreichungen gerade in Urlaubszeiten erfolgen, sodass beispielsweise in Jahren mit einer langen Weihnachtszeit sowie früher Fasnacht und Ost- tern schnell hohe Rückstände aufliefen. Das Amt reagiere da- rauf durch Vorarbeiten und eine erhöhte Besetzung, aber

kompensieren lasse sich hier- durch die Flut der Anträge nicht vollends. Insofern können auch die Antragstellerinnen und Antragsteller mithelfen, um Abläufe zu beschleunigen, durch einerseits den Verzicht auf die Einreichung jedes ein- zelnen Antrags sowie Doppel- vorlagen bei Rückständen, an- dererseits aber auch auf eine zu lange Sammlung aller Bele-



> Stellvertretende dbb Landesvorsitzende Johanna Mieder, Dezernentin Tanja Bierbaum, Präsidentin Sabine Westhoff und stellvertretender dbb Landesvorsitzender Robert Tophofen (von links).

ge für Krankheitsaufwendungen zur gebündelten Antragsstellung etwa zum Jahresende.

➤ Abschlagszahlung auf Antrag möglich

Gesprochen wurde über die Möglichkeit, bei langen Bearbeitungszeiten und höheren Antragsvolumen zusätzlich einen individuellen Antrag auf Abschlagszahlung zu stellen. Gerade mit Blick auf die Pflege oder zur Unterstützung bei chronischen Erkrankungen bietet sich das Instrument, welches noch viel zu selten genutzt wird, an. Hier können laut Präsidentin Sabine Westhoff zu erwartende Krankheitskosten zum einen bei regelmäßig wiederkehrenden Aufwendungen – insbesondere bei chronisch Kranken – für die Dauer von höchstens sechs

Monaten auf der Grundlage eines ärztlichen Schreibens (Verordnungen von Rezepten, Heilbehandlungen, Dialyse) geltend gemacht werden. Im Übrigen erfolge der Abschlag einmalig bezogen auf die Höhe der geltend gemachten Aufwendung. Der Abschlag sollte den Antrag nicht ersetzen und vor allem in Zeiten von angemessenen Bearbeitungszeiten mit Bedacht gewählt werden, so Sabine Westhoff. Er diene insbesondere dazu, hohe Belastungen abzufedern.

Der Antrag auf Abschlagszahlung sollte allerdings weder über die App noch die Antragsschleife gestellt werden, da ansonsten die Bearbeitung erst gemäß der auf der Homepage ausgewiesenen Kalenderwoche erfolgen würde. Aus

diesem Grund ist der Antrag auf Abschlagszahlung **unbedingt über das Online-Kontaktformular** zu stellen. Informationen dazu und zu weiteren fachlichen Fragen gibt es im Netz unter <https://www.lff.rlp.de>.

Mit weit über 900 000 Beihilfeschreiben in 2025 hat das Amt eine enorme Zahl an Anträgen zu bearbeiten. Der Einsatz von KI ist derzeit aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zulässig, da die Gesundheitsdaten besonders schützenswert sind. Man arbeite allerdings an einer weiteren Teilautomatisierung der Abläufe.

➤ Besoldungs- und Versorgungsanpassung

Außerdem tauschten sich die Gesprächsteilnehmer noch

darüber aus, wann die im Tarifstreit erkämpfte Besoldungs- und Versorgungsanpassung für Landesbeamtinnen und -beamte ausgezahlt werde.

Da das hierzu notwendige Gesetz einerseits seine Zeit brauche, das Land aber andererseits auch ein Zeichen der Fürsorge setzen wolle, werde aller Voraussicht nach bereits mit der Zahlung der September-Bezüge per Vorgriffsleistung eine Auszahlung erfolgen, so die LfF-Vertreterinnen seinerzeit.

Die dbb Vertreter bedankten sich herzlich bei Frau Westhoff und Frau Bierbaum für das offene und überaus konstruktive Gespräch. Es wurde vereinbart, weiter in Kontakt zu bleiben. ■

Deutschlands Stärke

Unser öffentlicher Dienst

Kampagne des dbb mit exklusiven Medienmaterialien kann auch persönlich unterstützt werden



Der öffentliche Dienst ist unsere Stärke. Und hat Anerkennung und Wertschätzung verdient. Die vom dbb auf Bundesebene initiierte Kampagne trägt das in die Öffentlichkeit.

Die Internetseite der Kampagne ist erreichbar unter <https://www.deutschlands-staerke.de>

Dort kann jede Person die Kampagne unterstützen, indem sie

- auf der Kampagnen-Homepage per Click die Kampagne unterstützt, so wie 5,3 Millionen andere Menschen es bereits getan haben (Stand Ende Juli),
- die Materialien zur Kampagne auf ihren Kanälen teilt.

Der dbb bietet unter <https://www.deutschlands-staerke.de/> Materialien zum Beispiel das Kampagnenplakat, Online-Banner und Social-Media-Motive an. Alle Materialien dürfen ausschließlich im Rahmen der dbb Kampagne verwendet werden.

Dadurch kann man unterstreichen:

Beamten und Beamte sind dem Wohl unseres Landes verpflichtet – und das auf Lebenszeit. Sie sind ein Garant für Stabilität, Sicherheit und Zukunft und stärken das Vertrauen in unsere Demokratie.

Stark für uns alle, Tag für Tag: Ohne sie läuft es nicht.

Sie haben Wertschätzung und Anerkennung verdient.

Im weiteren Verlauf wird die Kampagne konzeptionell ausdrücklich zugunsten beider Statusgruppen des öffentlichen Personals ausgeweitet werden. Alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten wichtigen Dienst an der Allgemeinheit. Sie schützen unsere Demokratie.

Deutschlands Stärke braucht Perspektiven:

➤ Bessere Arbeitsbedingungen

Das heißt zum Beispiel: faire Bezahlung, flexiblere Arbeitszeitmodelle, mehr Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Und wirksame Entlastung statt noch mehr Druck.

➤ Mehr Personal

Die Zahl der Fachkräfte sinkt, Stellen sind nicht besetzt, die Fülle der Aufgaben hingegen steigt. Und damit auch die psychische Belastung und die Zahl der Überstunden.

➤ Zeitgemäße Ausstattung

Von funktionierender IT bis zu moderner Ausrüstung – all das ist Voraussetzung für effizientes Arbeiten. Langsame Systeme und veraltete Technik gehen zulasten der Beschäftigten. Darum geht es dem dbb.

Auf der Kampagnenseite gibt es eine Fülle von Informationen rund um die aktuelle Situation im öffentlichen Dienst – Verbreitung ist ausdrücklich erwünscht. ■